

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/118

24. Juni 1977

Entspannung braucht ständige Impulse

Zum Besuch von Willy Brandt in der Volksrepublik Polen

Von Hans Koschnick

Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD und Bürger-
meister der Freien Hansestadt Bremen

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Die Chance nutzen

Bundesländer sollen Schulmilch-Angebot der EG annehmen

Von Rudolf Müller (Schweinfurt) MdB

Mitglied des Ernährungsausschusses des Bundestages

Seite 3 / 38 Zeilen

Ein Präsident traut sich was zu

Der ADAC wendet sich an den italienischen Tourismus-Minister

Von Dr. Anke Martiny MdB

Seite 4 / 26 Zeilen

Ein unsittlicher Antrag wird zurückgewiesen

Fünf Jahre nach seinen Abwerbungen versuchte Barzel es wieder

Seite 5 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38/39
Telefax: 00 00 845-85 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Entspannung braucht ständige Impulse

Zum Besuch von Willy Brandt in der Volksrepublik Polen

Von Hans Koschnick

Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD und Bürgermeister
der Freien Hansestadt Bremen

Das ist immerhin bemerkenswert: Offensichtlich ohne aufgeregte Schlagzeilen und ohne spektakuläre Begleitmusik kann der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am kommenden Montag eine Reise antreten, die ihn zu bedeutsamen Gesprächen in die Volksrepublik Polen führt. Niemand will behaupten, daß solche Besuche heute bereits als Selbstverständlichkeiten laufen oder zur Routine zählen. Bei Willy Brandt schon gar nicht. Aber daß sie den Charakter des außergewöhnlichen und den prickelnden Reiz der Sensation verlieren, darf wohl getrost als eine Veränderung der Atmosphäre gewertet werden, die auch etwas mit "Normalisierung" zu tun hat.

Gleichwohl weiß jeder, der häufiger in Polen ist und mit den Menschen dort spricht, welche exzeptionelle Rolle in diesem Lande die Persönlichkeit Willy Brandt einnimmt. Es gibt kaum ein Gespräch über die deutsch-polnischen Beziehungen, bei dem sein Name nicht auftaucht: Willy Brandt steht in Polen nach wie vor für Vertrauen und Zuversicht in eine positive Entwicklung, für mehr Verständnis, für Entspannung und für die Kraft zur Versöhnung. Diese politisch-moralische Ausstrahlung und Autorität von Willy Brandt bleibt ein wertvolles und unersetzbares Kapital, auf das die Sozialdemokraten stolz sein können und das der Bundesrepublik nützt.

Es bedarf keiner großen historischen Sensibilität, um zu begreifen, wie lebendig und hautnah noch heute in Polen der Durchbruch zur Überwindung einer leidvollen Vergangenheit und der Beginn des beschwerlichen Weges einer Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen nachempfunden wird und wie eng dieses Erlebnis mit dem Namen von Willy Brandt verbunden ist. Der Warschauer Vertrag, vor nunmehr gut sechs Jahren unterzeichnet, nimmt nicht nur einen besonderen Platz in der Ostpolitik der damals von Brandt geführten sozialliberalen Regierung ein, sondern bedeutet auch für Polen einen Wendepunkt in der Geschichte beider Völker.

Zweifellos waren die weiteren Etappen auf dem Wege der Verständigung, Positionen der Entspannung und Friedenssicherung in Europa, so manches mal nur mühsam zu erreichen. Aber die Ratifizierung des Vertrages 1972 und die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen im gleichen Jahr, die auf zehn Jahre berechnete Vereinbarung über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit im Jahre 1974, die Begegnung der heutigen Führung in Helsinki 1975, die Ratifizierung der Vereinbarungen im Jahre 1976 und schließlich der Besuch des 1. Sekretärs der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Edward Gierek, in der Bundesrepublik im Juli vergangenen Jahres und seine erfolgversprechenden Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Schmidt - das alles sind innerhalb relativ kurzer Zeit erreichte wichtige Stationen eines Prozesses, der mit beharrlichen Schritten zu mehr Entspannung und Verständigung führt.

Sicherlich ist die Zeit der großen Verträge und Vereinbarungen jetzt erst einmal vorüber. Heute kommt es vielmehr darauf an, das Erreichte voll

auszuschöpfen und mit Inhalt zu versehen. Normalisierung und Aussöhnung lassen sich nicht einfach nur per Abkommen regeln und Unterschriften der Regierenden allein reichen nicht aus. Normalisierung und Verständigung müssen von den Menschen und durch die Menschen in beiden Staaten getragen und konkret nachvollzogen werden, wenn sie dauerhaften Bestand haben sollen. Gewiß ist auch in diesem Bereich bereits viel in Bewegung geraten, um ohne Kleinmut und mit behutsamen Optimismus weiterzumachen.

Wir wissen dabei, daß Entspannung die Voraussetzung ist, die ständig neue Impulse braucht. Entspannung bedeutet nicht schon die Beendigung der weltweiten machtpolitischen und ideologischen Konflikte, sondern stellt den Versuch dar, diese zu begrenzen und Teilkonflikte einvernehmlich zu lösen. Die Probleme bei der konkreten Ausfüllung der Vereinbarungen zwischen Polen und der Bundesrepublik sollen gar nicht verniedlicht werden. Es hat Probleme gegeben und es gibt sie noch, doch es gibt keine Schwierigkeiten, die an unserem gemeinsamen Willen, Schritt für Schritt aufeinander zuzugehen, Zweifel aufkommen lassen.

Entspannung bedeutet Abbau von Mißtrauen und setzt Verständnis der Probleme der jeweils anderen Seite voraus, erfordert größere Transparenz und genauere Informationen in allen Bereichen. Wir haben immer noch einen erheblichen Nachholbedarf an solchen Informationen, nicht zuletzt in unseren Schulen. Nur mit Sorgen kann beobachtet werden, wie schwierig die Realisierung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission vorankommt. Wie aber soll die nachwachsende Generation zu einem neuen Verständnis finden, wenn eine sach- und zeitgerechte Überarbeitung ihrer Geschichtsbücher ausbleibt.

Es wäre deshalb falsch, die Illusionen aufkommen zu lassen, als könnten die bis jetzt erzielten Fortschritte in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen einfach mechanisch fortgeschrieben werden. Im Gegenteil: Wir müssen uns täglich neu darum bemühen, wenn wir das Netz der gegenseitigen Kontakte so eng und fest machen wollen, daß es auch gelegentlichen unvermeidlichen Belastungsproben standhält.

Es gibt keinen Zweifel: Der Besuch von Willy Brandt in Polen wird wieder eine gewichtige Wirkung in diese Richtung erzielen: Als Bekräftigung des Erreichten und zugleich als Impuls für weitere Verbesserungen.

(-/24.6.1977/vo-he/ja)

+ + +

Die Chance nutzen

Bundesländer sollen Schulmilch-Angebot der EG annehmen

Von Rudolf Müller (Schweinfurt) MdB

Mitglied des Ernährungsausschusses des Bundestages

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften hat im Rahmen der in diesem Frühjahr beschlossenen flankierenden Maßnahmen für den Milchsektor die "Verordnung über die verbilligte Abgabe von Milch und bestimmten Milcherzeugnissen an Schüler in Schulen" erlassen, eine Verordnung, die in ihrer Zielrichtung - frühzeitige Gewöhnung der Schüler an gesunde Ernährung und gleichzeitig Erweiterung der Absatzmöglichkeiten für Milch und Milcherzeugnisse - nur begrüßt werden kann.

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen geplant:

Für jedes Schulkind in der EG wird täglich ein Viertelliter Vollmilch (auch Vollmilchprodukte: Kakao, Joghurt) subventioniert. Hierzu stellt die EG-Agrarkasse 0,28 DM je Liter zur Verfügung. Die EG-Mittel fließen allerdings nur dann, wenn die Mitgliedstaaten selbst noch einmal rund 0,15 DM je Liter zulegen, wobei es sich nach dem Wortlaut der Verordnung um Mittel aus dem Staatshaushalt oder um Mittel regionaler oder örtlicher Körperschaften handeln kann. Auf diese Weise könnte den Schulkindern ein 250-Gramm-Milchfrühstück zu etwa 0,20 DM angeboten werden. Nähme jedes 2. Kind dieses Angebot wahr, so könnten rund 250 000 Tonnen Milch pro Jahr abgesetzt werden. Für diese Milch würde die EG 63 Millionen DM an Zuschüssen zahlen.

Die Bundesländer sind nun im Zugzwang, denn nach unserer Verfassung fällt das Schulmilchprogramm in ihren Kompetenzbereich. Sie haben die ca. 30 Millionen DM aufzubringen, die von nationaler Seite für seine Finanzierung zur Verfügung gestellt werden müssen. In dieser Ansicht stimmen das Bundesfinanzministerium und das Ernährungsministerium völlig überein. Zu Recht, denn das Milchprogramm ist keine allgemeine soziale, sondern eine untrennbare mit dem Bereich "Schule" verbundene Maßnahme.

Es wäre ein Armutszeugnis für die Länder, wenn sie die einmalige Chance, die die EG-Verordnung ihnen bietet, ungenutzt ließen, mit dem trotzigem Hinweis, der Bund solle doch die nationalen Mittel aufbringen. Das Schulmilchprogramm, das einige Länder schon einmal angeboten haben, könnte wieder aufgenommen werden. Andere Länder, die ein solches Programm noch durchführen, könnten es zu wesentlich günstigeren finanziellen Bedingungen weiter ausbauen.

Deshalb sind die Länder aufgefordert, zum frühestmöglichen Termin - 1. Juli 1977 - ein praktikierbares und finanzierbares Schulmilchprogramm zu entwickeln. Ihren Einwendungen kann folgender Hinweis entgegengesetzt werden: Der Bund zahlt ein Drittel der Mittel des EG-Agraretats. Allein für das Schulmilchprogramm wären das für den deutschen Bereich 20 Millionen DM pro Jahr. Es liegt nun in der Verantwortung der Länder, ob sie diese Mittel im Wege des Rückflusses aus Brüssel in Anspruch nehmen oder ob sie ungenutzt verloren gehen. (-/24.6.1977/kr/ja)

Ein Präsident traut sich was zu

Der ADAC wendet sich an den italienischen Tourismus-Minister

Von Dr. Anke Martiny MdB

Selbstvertrauen ist eine feine Sache, und auch Verbände mit gesunder Selbsteinschätzung nützen sich und ihren Angelegenheiten. Aber, wir finden dies vielfach belegt, die Gewissheit, daß man Millionen und Abermillionen gut zahlender Mitglieder "im Kreuz" hat, läßt die Brust gar manches Präsidenten vor Stolz schier bersten. Und was aus diesem stolzgeschwellten Resonanzboden dann an Tönen quillt, wird dem Zuhörer nicht immer wohl lauten.

So forderte jüngst der Präsident des ADAC, Franz Stadler: "Macht den Stiefel endlich urlaubssicher!" Er richtete die Aufforderung, "endlich energisch gegen ... Mißstände vorzugehen", direkt an die italienische Regierung.

Darunter tut so ein Präsident nun mal nicht. Ob der italienische Tourismus-Minister, Dr. Dario Antonozzi, dies allerdings gern hört?

Zum einen ist sehr wohl die Frage, ob der Tourismus-Minister Streiks und Preissteigerungen verhindern kann, wie dies der ADAC gern hätte. Zum anderen läßt sich füglich fragen, ob die ehrlichen, freundlichen, hilfsbereiten Italiener, die es ja auch gibt, es so besonders gerne haben, daß der ADAC der Meinung ist, "auch in dieser Reisezeit müssen Italienbesucher auf böse Überraschungen im Urlaub gefaßt sein". Hierzu zählen "häufige Diebstähle, Betrügereien und sogar Raubüberfälle."

Gewiss kommt dergleichen vor, und fraglos ist es die Aufgabe des ADAC, Autofahrer darüber zu informieren, was sie selbst gegen unliebsame Zwischenfälle tun können. Aber ebenso sicher ist, daß der Ton die Musik macht, und daß man in Italien nicht nur auf böse Überraschungen, sondern auch auf schöne Überraschungen gefaßt sein kann.

Merke: Gerade wenn man an seinen Nachbarn etwas zu kritisieren hat, sollte man die richtige Form finden. . Sonst mögen die einen nämlich nicht, selbst dann nicht, wenn man fette, schöne Devisen bringt. (-/ 24.6.1977/kr/ja)

+ + +

Ein unsittlicher Antrag wird zurückgewiesen

Fünf Jahre nach seinen Abwerbungen versuchte Barzel es wieder

Die unverhohlene, im Bundestag öffentlich ausgesprochene Aufforderung des CDU-Abgeordneten Rainer Barzel an die FDP, doch die Koalition mit den Sozialdemokraten aufzukündigen und ins Nest von Strauß und Kohl zu kriechen, hat im Plenum des Deutschen Bundestages unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Die direkt angesprochenen Freien Demokraten schüttelten diesen unsittlichen Antrag der CDU angewidert von sich. Die Sozialdemokraten konnten es sich leisten, nicht nervös zu werden. Nur einige in der Truppe um Strauß und Kohl mögen wieder einmal Morgenluft gewittert haben.

Die wenigsten Abgeordneten werden sich jedoch in diesem Augenblick daran erinnern haben, daß ausgerechnet Barzel sich einen beziehungsvollen Termin für diesen offenen Abwerbeversuch ausgesucht hatte, was sein Ansinnen nur noch makaberer macht.

Vor fast genau fünf Jahren - am 24. Juni 1972 - war der deutschen Öffentlichkeit aus dem Munde des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt bekanntgegeben worden, daß die Abwerbeaktionen der CDU/CSU unter ihrem Vorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden und Kanzler-Kandidaten Rainer Barzel vorgezogene Neuwahlen in der Bundesrepublik erforderlich machen.

Barzel selbst hatte wohl daran nicht gedacht, als er am Dienstag im Bundestag neuerdings um die FDP buhlte. Sonst hätte er die neuerliche Offerte an die FDP wohl durch einen anderen vorbringen lassen. So aber hat er alle Erinnerung auf sich gezogen und natürlich auch darauf, was aus seinen damaligen Versuchen, am Wähler vorbei an die Macht zu kommen, geworden ist: Die Wahlschlappe der CDU/CSU vom 19. November 1972 und sein eigener damit eingeleiteter Sturz von allen Sesseln, sowie der größte Sieg der Sozialdemokraten in ihrer Geschichte.

Barzels Liebeswerben an die Adresse Wirtschaftsminister Friderichs zeigt, daß die Opposition seit fünf Jahren nichts dazu gelernt hat. Wie damals, so wird sich auch in Zukunft bestätigen, daß Wähler erschlichene Mehrheiten nicht bestätigen und den Versuch Mehrheiten zu erschleichen nicht honorieren.

Dem stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Hans Friderichs gilt Respekt und Anerkennung, daß er Barzel nicht nur eine Absage erteilte, sondern ihn regelrecht abblitzen ließ und sich engagiert für die Weiterarbeit in der sozial-liberalen Koalition ausgesprochen hat.

Er wird dabei wohl auch seiner Freunde in Hannover gedacht haben, die im Streit um das Schicksal des Sozialpakets im CDU-beherrschten Bundesrat Straußens Zähne zu spüren bekamen und nun wissen, was für die Union in ihrem heutigen Zustand der Begriff Koalition bedeutet: Regieren mit einem lästigen Anhängsel, das es von Fall zu Fall zu deckeln gilt.

Helmut G. Schmidt
(- / 24.6.1977/ks/ja)